

Sitzungsunterlagen

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales und
Wohnen
08.06.2021

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung	5
Vorlagendokumente	
TOP Ö 1 Schlüssiges Konzept	
Vorlage 50/0609/XVII/2021	9
TOP Ö 2 Junge Pflege	
Vorlage 50/0585/XVII/2021	11
TOP Ö 3 Anfrage Wohnungsbaukoordinator/in	
Vorlage 50/0593/XVII/2021	13
TOP Ö 4 Anfrage Runder Tisch	
Vorlage 50/0601/XVII/2021	15
TOP Ö 5 Anfrage Service- und Koordinierungsgesellschaft	
Vorlage 50/0605/XVII/2021	17
TOP Ö 6 Kompass D	
Vorlage 50/0615/XVII/2021	19
TOP Ö 7 Flüchtlinge - Sachstandsbericht	
Vorlage 50/0616/XVII/2021	21
Flüchtlingsbericht Anlage 1 50/0616/XVII/2021	23
Flüchtlingsbericht Anlage 2 50/0616/XVII/2021	25
Flüchtlingsbericht Anlage 3 50/0616/XVII/2021	27
Flüchtlingsbericht Anlage 4 50/0616/XVII/2021	29
TOP Ö 8 Bericht über die Umsetzung der Landesinitiativen „Gemeinsam klappt's“/“Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“	
Vorlage 50/0617/XVII/2021	31
* TOP Ö 9 Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum zum Thema Beauftragte in den kreisangehörigen Kommunen	
Vorlage 50/0618/XVII/2021	39
TOP 9 Antrag ASSoziales - Beauftragte in den kreisangehörigen Kommunen 50/0618/XVII/2021	41

An die
Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Wohnen

nachrichtlich:

An die
stv. Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Wohnen
und die Kreistagsabgeordneten,
die nicht dem Ausschuss für Soziales und Wohnen angehören

An den Landrat und die Dezernenten

Einladung
zur 2. Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Wohnen
(XVII. Wahlperiode)

am Dienstag, dem 08.06.2021, um 17:00 Uhr

GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02131/928-2100)

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil:

1. Schlüssiges Konzept
Vorlage: 50/0609/XVII/2021
2. Junge Pflege
Vorlage: 50/0585/XVII/2021
3. Anfrage Wohnungsbaukoordinator/in
Vorlage: 50/0593/XVII/2021
4. Anfrage Runder Tisch
Vorlage: 50/0601/XVII/2021
5. Anfrage Service- und Koordinierungsgesellschaft
Vorlage: 50/0605/XVII/2021

6. Kompass D
Vorlage: 50/0615/XVII/2021
7. Flüchtlinge - Sachstandsbericht
Vorlage: 50/0616/XVII/2021
8. Bericht über die Umsetzung der Landesinitiativen
„Gemeinsam klappt's“/„Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“
Vorlage: 50/0617/XVII/2021
9. Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-
Zentrum zum Thema Beauftragte in den kreisangehörigen
Kommunen
Vorlage: 50/0618/XVII/2021

Sven Ladeck
Vorsitz

Für die Vorbereitungen stehen den Fraktionen in der Zeit von 16.00 - 17.00 Uhr folgende Räume im Sitzungsbereich des **Kreishauses Grevenbroich** zur Verfügung:

CDU-Fraktion: Besprechungsraum V/VI
1. Etage

SPD-Fraktion: Besprechungsraum Ideenschmiede
Erdgeschoss

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Besprechungsraum Ideenschmiede
Erdgeschoss

FDP-Fraktion: Besprechungsraum V/VI
1. Etage

Fraktion UWG/FW RKN/Zentrum: Besprechungsraum III
Erdgeschoss

Fraktion AfD: Besprechungsraum IIIa
Erdgeschoss

Pandemiebedingt ist die Teilnehmerzahl im Kreissitzungssaal auf 35 Personen beschränkt. Daher steht zusätzlich der Besprechungsraum V/VI ab 17:00 Uhr zur Verfügung.

Bitte tragen Sie während der gesamten Sitzung eine FFP2-Maske. Für Testmöglichkeiten vor der Sitzung wird gesorgt.

Parkplätze stehen in der Tiefgarage des Kreishauses Grevenbroich, Einfahrt "Am Ständehaus", zur Verfügung.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Parken auf dem Rondell vor dem Haupteingang des Kreishauses Grevenbroich nicht gestattet ist!

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0609/XVII/2021

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Wohnen	08.06.2021	öffentlich

**Tagesordnungspunkt:
Schlüssiges Konzept**

Sachverhalt:

Wie bereits berichtet, wurde die Firma empirica mit der Erstellung des schlüssigen Konzepts zur Ermittlung der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft beauftragt. Die von empirica gewählte und vom Bundessozialgericht mit Urteil vom 17.09.2020 (BGBl 522/20R) bestätigte Methode berücksichtigt ausschließlich die Angebotsmieten.

Um die Mietdaten des Rhein-Kreises Neuss schärfer abbilden zu können, ist empirica zusätzlich damit beauftragt worden, Daten zu nicht inserierten Mietangeboten im Rhein-Kreis Neuss auszuwerten. Hierzu wurden 30 Wohnungsunternehmen angeschrieben und darum gebeten, die von empirica zur Verfügung gestellte Abfragetabelle auszufüllen. Die eingegangenen Rückläufe stellen nach Auskunft von empirica auch in dieser Hinsicht eine gute Auswertungsgrundlage dar.

Die Firma empirica hat angekündigt, den Bericht in ca. sechs bis acht Wochen vorzulegen. Das schlüssige Konzept soll sodann im nächsten Ausschuss für Soziales und Wohnen beraten und dann im Kreistag beschlossen werden.

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0585/XVII/2021

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Wohnen	08.06.2021	öffentlich

**Tagesordnungspunkt:
Junge Pflege**

Sachverhalt:

Auswertung Fachstudie „Junge Pflegebedürftige im Rhein-Kreis Neuss“

Die Fachstudie **„Junge Pflegebedürftige im Rhein-Kreis Neuss“** im Kontext der „Örtlichen Planung“ gem. § 7 APG NRW wurde 2019 in Auftrag gegeben und mit der Sitzungsvorlage 50/3753/XVI/2020 in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.02.2020 vorgestellt und beraten.

Mit der Vorlage wurde zudem berichtet, dass die Verwaltung eine vertiefende zweite Studie in Auftrag gegeben hat, in der durch Interviews die konkreten Bedürfnisse junger Pflegebedürftiger abhängig von ihrer jeweiligen individuellen Erkrankung oder Behinderung ermittelt werden und unterschiedliche Bedarfsgruppen definiert werden.

Die Zielgruppe umfasste, wie in der Grundstudie, pflegebedürftige Personen unter 65 Jahren. Die Abgrenzung der betrachteten Gruppe orientierte sich an der noch immer häufig verwendeten Abgrenzung „65plus“ als Ende des „Erwerbsalters“ bzw. als Beginn des „Rentenalters“.

Der Beginn des Befragungszeitraumes war Oktober 2020. Zum Ende der zunächst vorgesehenen Rücklauffrist - Ende des Jahres 2020 - fand eine Erinnerungsaktion durch die Kreisverwaltung bei den ambulanten Pflegediensten statt und wurde daraufhin bis Mitte März 2021 verlängert.

Insgesamt wurden 3300 Fragebögen verteilt. Allerdings haben sich lediglich 67 im häuslichen Kontext betreute sowie 18 vollstationär wohnhafte Personen an der Befragung beteiligt. Der geringe Rücklauf der Befragung muss vor dem Hintergrund der erschwerten Bedingungen aufgrund der Corona-Pandemie gesehen werden. Die Verbreitung der Befragung sowie die Unterstützung bei der Beantwortung standen verständlicherweise nicht im Fokus der Pflegekräfte. Dies betrifft sowohl die Befragung der Betroffenen in der vollstationären Pflege als auch die Befragung der Betroffenen, die im häuslichen Kontext gepflegt werden und dabei von ambulanten Pflegediensten unterstützt werden.

Weiterhin wurde mit dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz ein Verzicht auf Beratungsbesuche bei Pflegebedürftigen nach § 37 SGB XI beschlossen, um die Kontakte zu reduzieren. Die Befragung startete zwar erst im Oktober 2020, somit nachdem die Aussetzung der Pflicht eines Beratungseinsatzes wieder beendet wurde und die Beratungen wieder im vorgeschriebenen Rhythmus aufgenommen werden sollten. Allerdings ist davon auszugehen, dass vor dem Hintergrund steigender Corona-Fallzahlen in der zweiten und dritten Welle von den Betroffenen der Kontakt zu externen Personen, und damit auch zu Pflegediensten, so weit wie möglich minimiert wurde und die Verbreitung der Fragebögen im Rahmen der Beratungskontakte daher nur eingeschränkt möglich war.

Vor diesem Hintergrund sind die Befragungsergebnisse nicht als repräsentativ anzusehen und eignen sich nicht zur Ermittlung von quantitativen Planungszahlen. Daher soll die Thematik ggf. im Zusammenhang mit der in 2021 anstehenden „Örtlichen Planung“ gem. § 7 APG NRW mit einem modifizierten Untersuchungsdesign unter besonderer Betrachtung der Angehörigen erneut aufgegriffen werden.

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0593/XVII/2021

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Wohnen	08.06.2021	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage Wohnungsbaukoordinator/in

Sachverhalt:

Die in der Wohnungsbedarfsanalyse für den Rhein-Kreis Neuss beschriebenen Handlungsempfehlungen der InWIS Forschung und Beratung GmbH wurden in einem gemeinsamen Arbeitskreis, der auch an der Erstellung des Gutachten beteiligt war, mit allen kreisangehörigen Kommunen erörtert.

Eine Empfehlung der InWIS Forschung und Beratung GmbH lautete, zur Unterstützung von Wohnungsmarktakeuren beim Grundstückserwerb und der Umsetzung von Projekten auf Kreisebene eine/n Wohnungsbaukoordinator/in einzusetzen (S. 127). Dies war von den kreisangehörigen Kommunen mehrheitlich nicht gewünscht, da das Grundstücksgeschäft als eigene kommunale Aufgabe gesehen wurde. Ohne entsprechende Akzeptanz bei den Kommunen hätte ein/e Wohnungsbaukoordinator/in keine Einflussmöglichkeit. Daher wurde diese Empfehlung nicht umgesetzt.

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0601/XVII/2021

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Wohnen	08.06.2021	öffentlich

**Tagesordnungspunkt:
Anfrage Runder Tisch**

Sachverhalt:

Die in der Wohnungsbedarfsanalyse für den Rhein-Kreis Neuss beschriebenen Handlungsempfehlungen der InWIS Forschung und Beratung GmbH wurden in einem gemeinsamen Arbeitskreis, der auch an der Erstellung des Gutachten beteiligt war, mit allen kreisangehörigen Kommunen erörtert.

Eine Empfehlung der InWIS Forschung und Beratung GmbH lautete dabei den Lenkungskreis fortzuführen, der sich für die Erarbeitung der Wohnungsbedarfsanalyse zusammengefunden hat und die Ergebnisse reflektiert und diskutiert hat sowie diesen unter Einbeziehung weiterer Akteure der Wohnungswirtschaft zu einem „Runden Tisches der Wohnungswirtschaft“ oder „Bündnis für Wohnen“ auszuweiten (S. 120).

Der Lenkungskreis mit den Kommunen hat sich in der Folge weiter getroffen. Bei weiteren Wohnungsmarktakteuren wurde das Interesse einer Beteiligung an einem regelmäßigen Austausch angefragt. Dieser wurde dort vor dem Hintergrund zeitlicher Ressourcen als nicht erforderlich gesehen, es wurde aber die Bereitschaft geäußert an projektbezogenen Treffen teilzunehmen. Die Kreisverwaltung ist darüber hinaus im individuellen Austausch mit Akteuren des Wohnungsmarktes.

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0605/XVII/2021

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Wohnen	08.06.2021	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage Service- und Koordinierungsgesellschaft

Sachverhalt:

Die Kreisverwaltung ist ihrer Anzeigepflicht für die durch den Kreistag beschlossene Satzung vor der Gesellschaftsgründung gegenüber der Bezirksregierung nachgekommen. Eine Rückmeldung hierzu steht noch aus.

Darüber hinaus steht die Kreisverwaltung in Gesprächen mit drei Akteuren am Wohnungsmarkt bezüglich der Übernahme der Geschäftsführung im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages. Zwei Interessenten haben dem Kreis in den Gesprächen bereits die Abgabe eines konkreten Angebotes zugesagt. Auf der Grundlage soll dann ein Wirtschaftsplan erstellt werden.

Eine Gesellschaftsgründung soll unmittelbar erfolgen, sobald eine Vereinbarung mit einem Partner für die Übernahme der Geschäftsführung getroffen wurde. Dann werden durch diesen auch Gespräche mit Kommunen über konkrete Bauprojekte aufgenommen.

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0615/XVII/2021

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Wohnen	08.06.2021	öffentlich

**Tagesordnungspunkt:
Kompass D**

Sachverhalt:

„Kompass D“ ist eine Initiative des Rhein-Kreises Neuss, der Unternehmerschaft in der Stadt Neuss und der Stadt Neuss (VHS), die in Folge der vermehrten Flüchtlingszuwanderung im Jahre 2016 gegründet wurde.

Durch die Unterstützung und Umsetzung der Initiative „Kompass D“ wird insbesondere neu zugewanderten, schulpflichtigen jungen Menschen im Rhein-Kreis Neuss, die bereits grundlegende Sprachkenntnisse (z.B. in der Schule oder in Deutschkursen) erworben haben und eine besondere Leistungsbereitschaft aufweisen, durch zusätzliche Qualifikationen eine Perspektive für ein zukünftiges Erwerbsleben und ein eigenbestimmtes Leben eröffnet.

„Kompass D“ wird an fünf Standorten der Berufskollegs und Weiterbildungskollegs in Neuss, Grevenbroich und Dormagen durchgeführt. Neben dem Spracherwerb liegt der Fokus auf Themen wie Gesellschaftskunde, Staatsbürgerkunde, Bewerber- und EDV-Trainings, Kennenlernen von Ausbildungsberufen, Förderung von Schlüsselqualifikationen wie Eigenverantwortung, Team- und Kommunikationsfähigkeit, Wertevermittlung sowie Gesundheitskompetenz.

In der Sitzung wird Herr J.A. Werhahn als Kooperationspartner von Seiten der Unternehmerschaft über die erfolgreiche Umsetzung des Projektes, insbesondere unter dem Einfluss der Corona-Pandemie im Schuljahr 2020/2021, berichten.

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0616/XVII/2021

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Wohnen	08.06.2021	öffentlich

**Tagesordnungspunkt:
Flüchtlinge - Sachstandsbericht**

Sachverhalt:

Im Rhein-Kreis Neuss lebten zum Stichtag 31.03.2021 insgesamt 10.037 Flüchtlinge. Dies sind 162 Flüchtlinge weniger als zum 31. Dezember 2020 und 825 mehr als zum Stichtag 30. Juni 2017 (erstmalige Erhebung der Gesamtzahlen aus dem Ausländerzentralregister) sowie 516 mehr als Ende März 2018 und 194 mehr als Ende März 2019 sowie 249 mehr als Ende März 2020. Über eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis verfügten 7.568 Flüchtlinge und damit 10 mehr als zum letzten Stichtag am 31. Dezember 2020 (30. Juni 2017: 5.428).

Die Zahl der Flüchtlinge im laufenden Asylverfahren ist auf 1.066 zurückgegangen (30. Juni 2017: 2.750). Hiervon kommen 241 Flüchtlinge aus einem Land mit hoher Bleibeperspektive (seit dem 01.08.2019 gilt dies nur noch für Syrien und Eritrea). Aus Iran, Irak, Somalia und Afghanistan, bei denen man nicht mehr von einer hohen oder erhöhten Bleibeperspektive spricht, kommen 375 Flüchtlinge im laufenden Asylverfahren.

Aus diesen Herkunftsländern haben insgesamt 899 Menschen im Rhein-Kreis Neuss einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen. Dieser Wert ist gegenüber dem 30. Juni 2017 (hier waren es 621 Personen) um 278 Personen gestiegen, gegenüber dem 31. März 2018 sind 153, gegenüber dem 31. März 2019 sind 139 und gegenüber dem 31. März 2020 sind jeweils 36 Personen mehr zu verzeichnen. Der Grund des Familiennachzuges lässt sich in der Statistik nicht differenzieren. Diese Personengruppe zählt rechtlich auch bei einem Nachzug zu einem Familienmitglied mit anerkanntem Flüchtlingsstatus nicht als Flüchtling. Da diese Personengruppe aber hinsichtlich der notwendigen Integrationsmaßnahmen vergleichbar ist, werden die Zahlen hier mit aufgeführt.

Die Zahl der Flüchtlinge mit einer Aussetzung der Abschiebung liegt bei 1.403 Personen (30. Juni 2017: 1.034). Häufigste Gründe für die Aussetzung der Abschiebung sind fehlende Passunterlagen sowie die Reiseunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen.

Eine detaillierte Übersicht über die Flüchtlingszahlen im Rhein-Kreis Neuss gesamt sowie eine grafische Darstellung der ausgewerteten Quartale zum 31. März 2021 liegen als Anlage 1 und Anlage 2 zu TOP 7 bei.

Asylgeschäftsbericht des BAMF (März 2021):

Bezogen auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ergibt eine Auswertung des Asylgeschäftsberichtes des BAMF zu den Flüchtlingszahlen 11.756 gestellte Erst- und Folgeanträge im März 2021 gegenüber 11.567 im Dezember 2020, 10.576 im September 2020, 5.576 im Juni 2020, 8.069 im März 2020, 9.851 im Dezember 2019, 12.536 im September 2019, 9.691 im Juni 2019, 12.762 im März 2019, 8.900 im Dezember 2018, 12.976 im September 2018, 13.255 im Juli 2018, 12.622 im März 2018, 14.293 im Dezember 2017, 16.520 im September 2017 und 15.261 Erst- und Folgeanträgen im Juni 2017, wobei die Spitze der gestellten Erst- und Folgeanträge mit 18.711 im November 2017 lag.

Die beim BAMF anhängigen Verfahren konnten von 146.551 im Juni 2017 auf 62.717 im März 2021 abgebaut werden, im März 2020 waren 56.223 Verfahren anhängig, sodass hier wieder ein Anstieg verzeichnet werden kann. Im März 2021 hat das BAMF 20.165 Entscheidungen getroffen, davon 4.719 positive Entscheidungen. Die Schutzquote betrug im März 2021 23,4 %, im Dezember 2020 43,3 %, im September 2020 46,2 %, im Juni 2020 44,1 %, im März 2020 42,5 %, im Dezember 2019 40,3 %, im September 2019 37,7 % gegenüber 37 % im Juni 2019, 40,3 % im März 2019, 38,5 % im Dezember 2018, 38,9 % im September 2018, 26,4 % im Juni 2018, 30,5 im März 2018, 37,0 im Dezember 2017, 39,7 % im September 2017 und 39,9 % im Juni 2017). Eine entsprechende Übersicht liegt als Anlage 3 zu TOP 7 bei.

Eine Aufstellung und Grafik zur Entwicklung der Asyl-Erstanträge aus den Ländern mit hoher Bleibeperspektive Syrien und Eritrea (sowie aus den Ländern Iran, Irak, Somalia und Afghanistan) ist als Anlage 4 zu TOP 7 beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

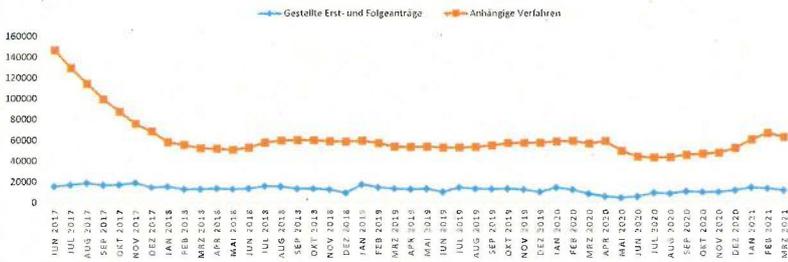
Anlagen:

- Flüchtlingsbericht Anlage 1
- Flüchtlingsbericht Anlage 2
- Flüchtlingsbericht Anlage 3
- Flüchtlingsbericht Anlage 4

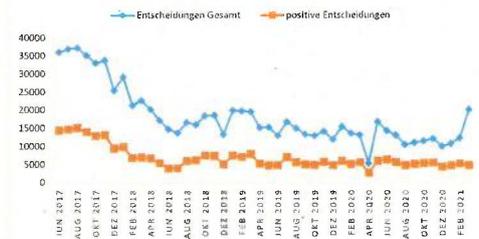
**Flüchtlingszahlen Bundesrepublik Deutschland
(Quelle: Auswertung Asylgeschäftsberichte BAMF)**

	Gestellte Erst- und Folgeanträge	Anhängige Verfahren	Entscheidungen Gesamt	positive Entscheidungen	Schutzquote in %
Jun 2017	15261	146551	36016	14384	39,9
Jul 2017	16844	129467	36901	14666	39,7
Aug 2017	18651	114202	37214	15057	40,5
Sep 2017	16520	99334	35127	13956	39,7
Okt 2017	17028	87187	33005	12899	39,1
Nov 2017	18711	75660	33772	13162	39,0
Dez 2017	14293	68245	25414	9408	37,0
Jan 2018	15077	57693	29173	9864	33,8
Feb 2018	12490	55279	21301	6848	32,1
Mrz 2018	12622	51968	22714	6936	30,5
Apr 2018	13163	51498	20198	6663	33,0
Mai 2018	12494	50373	17169	5415	31,5
Jun 2018	13255	52514	14792	3911	26,4
Jul 2018	15199	57273	13744	4005	29,1
Aug 2018	15122	59410	16623	5965	25,9
Sep 2018	12976	59738	16008	6225	38,9
Okt 2018	13001	59640	18474	7512	40,7
Nov 2018	12118	58538	18644	7426	39,8
Dez 2018	8900	58325	13295	5118	38,5
Jan 2019	17051	59158	19921	7470	37,5
Feb 2019	14321	56779	19823	7087	35,8
Mrz 2019	12762	53224	19587	7903	40,3
Apr 2019	12353	53004	15201	5236	34,4
Mai 2019	12891	53434	15335	4765	31,1
Jun 2019	9691	52457	12948	4795	37
Jul 2019	14108	52609	16814	7074	42,1
Aug 2019	12772	52976	15040	5670	37,7
Sep 2019	12536	54662	13321	5025	37,7
Okt 2019	12938	56628	12963	4839	37,3
Nov 2019	12096	56958	14136	5688	40,2
Dez 2019	9851	57012	11892	4797	40,3
Jan 2020	14187	58277	15487	5965	38,5
Feb 2020	11928	59010	13633	5127	37,6
Mrz 2020	8069	56223	13154	5590	42,5
Apr 2020	5695	58744	5340	2685	50,3
Mai 2020	4329	49232	16748	6007	35,9
Jun 2020	5576	43617	14297	6308	44,1
Jul 2020	8865	42731	13112	5665	43,2
Aug 2020	8424	43316	10491	4739	45,2
Sep 2020	10576	45370	11075	5120	46,2
Okt 2020	9828	46565	11505	5410	47
Nov 2020	9973	47588	12143	5524	45,5
Dez 2020	11567	52056	9996	4330	43,3
Jan 2021	14448	60437	10828	4753	43,9
Feb 2021	13533	66583	12347	5255	42,6
Mrz 2021	11756	62717	20165	4719	23,4

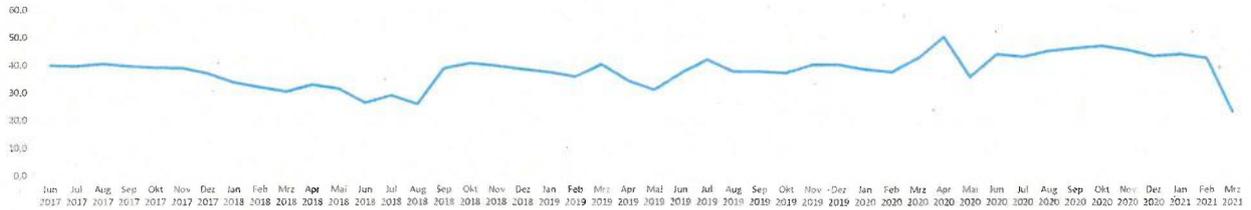
ANTRÄGE ZU ANHÄNGIGE VERFAHREN



ENTSCHEIDUNGEN GESAMT ZU POSITIVBESCHIED



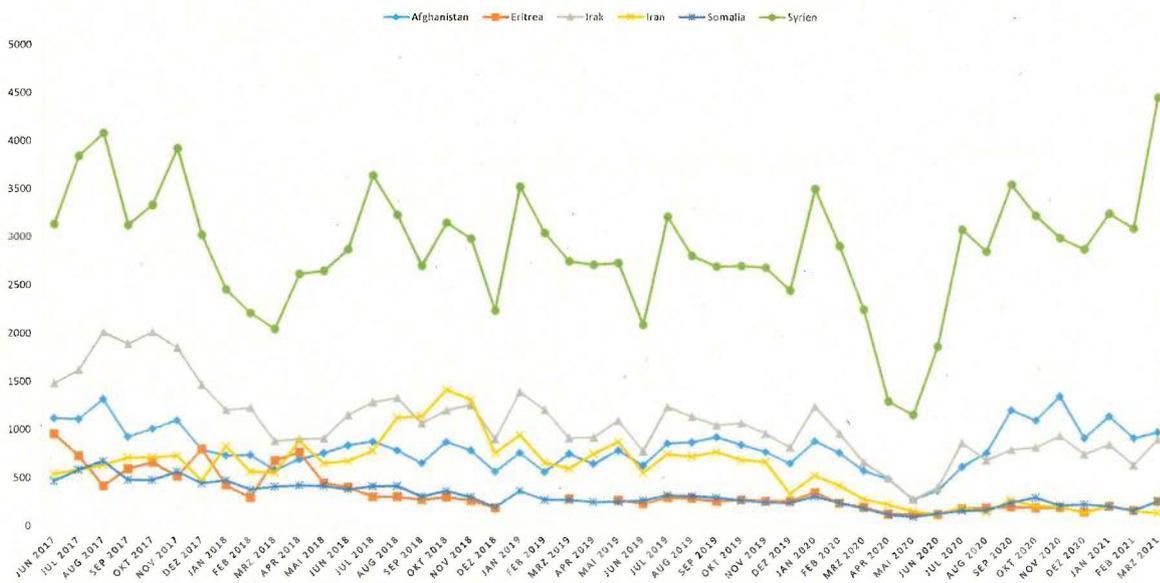
Schutzquote in %



**Asyl-Erstanträge ausgewählte Länder Bundesrepublik Deutschland
(Quelle: Auswertung Asylgeschäftsberichte BAMF)**

	Afghanistan	Eritrea	Irak	Iran	Somalia	Syrien
Jun 2017	1119	954	1480	541	466	3135
Jul 2017	1109	728	1619	579	584	3841
Aug 2017	1315	414	2012	632	673	4079
Sep 2017	925	593	1889	707	479	3121
Okt 2017	1008	658	2011	709	475	3331
Nov 2017	1094	513	1851	725	561	3918
Dez 2017	791	794	1463	469	439	3018
Jan 2018	728	423	1198	823	471	2450
Feb 2018	732	289	1220	560	374	2206
Mrz 2018	577	676	876	549	404	2039
Apr 2018	687	759	895	874	415	2610
Mai 2018	750	441	903	644	410	2641
Jun 2018	833	399	1145	669	376	2865
Jul 2018	872	298	1279	774	409	3634
Aug 2018	780	299	1325	1119	412	3222
Sep 2018	647	269	1058	1133	301	2696
Okt 2018	867	296	1196	1407	359	3143
Nov 2018	779	260	1250	1306	296	2977
Dez 2018	558	184	897	750	190	2229
Jan 2019	753		1384	937	360	3517
Feb 2019	557		1200	652	266	3035
Mrz 2019	745	276	907	591	269	2742
Apr 2019	640		915	742	246	2707
Mai 2019	779	264	1087	867	247	2724
Jun 2019	623	225	772	546	262	2081
Jul 2019	853	289	1230	740	315	3206
Aug 2019	866	283	1129	717	307	2799
Sep 2019	919	251	1042	765	293	2689
Okt 2019	842	272	1064	684	264	2696
Nov 2019	768	259	957	664	246	2679
Dez 2019	647	257	815	335	242	2441
Jan 2020	881	346	1240	524	308	3498
Feb 2020	760	238	960	422	242	2903
Mrz 2020	574	197	662	279	184	2245
Apr 2020	491	127	498	225	120	1296
Mai 2020	277	125	280	156	99	1154
Jun 2020	369	123	398	125	133	1863
Jul 2020	617	183	864	196	163	3075
Aug 2020	759	192	684	142	164	2847
Sep 2020	1202	200	793	271	244	3543
Okt 2020	1095	191	815	210	298	3219
Nov 2020	1346	194	936	202	213	2986
Dez 2020	911	145	743	136	225	2869
Jan 2021	1138	206	845	212	205	3240
Feb 2021	909	161	629	155	160	3085
Mrz 2021	972	255	895	135	258	4444

DIAGRAMMTITEL



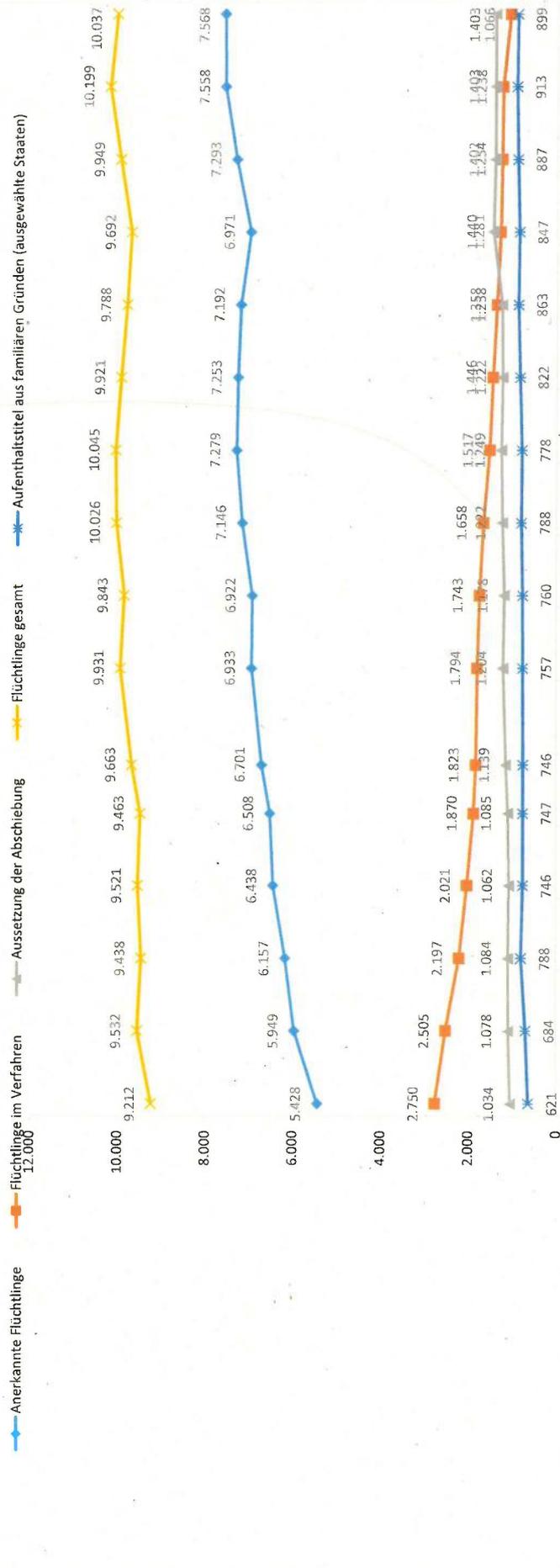
Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss zum Stichtag 31. März 2021 (Quelle: Auswertung Ausländerzentralregister)

Bezeichnung	darunter	Geschlecht		Gesamt	k.A.	Altersgruppen von ... bis unter ... Jahre										Ab 65
		Männlich	Weiblich			Unbek.	k.A.	bis 16	16 - 18	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65		
Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 AufenthG (besondere Fälle)	Gesamt	0	178	258	0	436	0	4	1	13	48	53	65	95	157	
Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 S. 1 AufenthG (Asyl/GFK nach 3 Jahren)	Gesamt	0	217	111	0	328	0	23	3	19	45	84	74	46	34	
Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 S. 2 AufenthG (Resettlement)	Gesamt	0	12	7	0	19	0	2	1	1	8	4	2	1	0	
Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 4 AufenthG (aus humanitären Gründen nach 7 Jahren)	Gesamt	0	397	270	0	667	0	0	0	49	105	118	178	152	65	
Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 4 AufenthG (Resettlement)	Gesamt	0	104	54	0	158	0	0	6	17	22	35	38	25	15	
Aufenthaltserteilung völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe insgesamt	Gesamt	0	3392	2566	2	5960	0	1946	166	705	1278	1005	452	229	179	
"Anerkannte Flüchtlinge" (Summe Zeilen 3 - 8)	Gesamt	0	4300	3266	2	7568	0	1975	177	804	1506	1299	809	548	450	
Anhängige Asylverfahren "Flüchtlinge im Verfahren"	Gesamt	0	648	417	1	1066	0	364	28	141	258	180	69	16	10	
Afghanistan		0	80	31	0	111	0	28	5	27	32	14	3	1	1	
Eritrea		0	11	7	0	18	0	9	0	0	6	2	1	0	0	
Irak		0	85	62	0	147	0	57	5	17	25	23	13	5	2	
Iran		0	52	32	0	84	0	14	0	7	24	25	9	3	2	
Somalia		0	18	15	0	33	0	16	1	3	11	2	0	0	0	
Syrien		0	147	76	0	223	0	76	11	33	49	40	13	0	1	
Aussetzung der Abschiebung (Duldungen)	Gesamt	0	962	441	0	1403	0	340	28	206	409	254	100	43	23	
GESAMT (Summe Zeile 9, 11., 18)	Gesamt	0	5910	4124	3	10037	0	2679	233	1151	2173	1733	978	607	483	

Informatorisch: Aufenthaltstitel aus familiären Gründen

Summe ausgewählte Staaten	Summe	ausgewählte Staaten	Summe												
Afghanistan	0	314	584	1	899	0	389	48	61	141	141	90	18	11	11
Eritrea	0	21	31	0	52	0	23	3	3	12	8	1	2	0	0
Irak	0	8	6	0	14	0	12	0	0	1	0	1	0	0	0
Iran	0	67	146	1	214	0	68	14	11	52	44	21	3	1	1
Somalia	0	40	103	0	143	0	41	3	3	20	43	23	6	4	4
Syrien	0	175	295	0	470	0	241	28	43	55	46	44	7	6	6

FLÜCHTLINGE IM RHEIN-KREIS NEUSS (QUELLE: AUSWERTUNG AUSLÄNDERZENTRALREGISTER)



Month	Anerkannte Flüchtlinge	Flüchtlinge im Verfahren	Flüchtlinge gesamt	Aussetzung der Abschiebung	Aufenthaltsmittel aus familiären Gründen (ausgewählte Staaten)
Jun 2017	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Sep 2017	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Dez 2017	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Mrz 2018	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Jun 2018	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Aug 2018	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Oct 2018	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Dez 2018	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Feb 2019	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Apr 2019	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Jun 2019	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Aug 2019	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Oct 2019	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Dez 2019	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Feb 2020	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Apr 2020	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Jun 2020	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Aug 2020	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Oct 2020	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Dez 2020	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Feb 2021	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508
Mrz 2021	5.428	5.949	6.157	6.438	6.508

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0617/XVII/2021

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Wohnen	08.06.2021	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

- **Bericht über die Umsetzung der Landesinitiativen „Gemeinsam klappt’s“/„Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“**

Sachverhalt:

Ausgangssituation

Sprache, (Aus-) Bildung und Arbeit sind für Geflüchtete der Schlüssel für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine gelingende Integration. Insbesondere geflüchtete Menschen mit Duldung und Gestattung haben einen erschwerten Zugang zu Spracherwerb, Qualifikation, Ausbildung und Arbeit oder sind bisher davon ausgeschlossen. Diese Gruppe weist besonderen Unterstützungsbedarf bei gleichzeitig ungenutzten Potentialen auf.

Die Landesregierung NRW setzt mit den Landesinitiativen „Gemeinsam klappt´s“ / „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ an der aktuellen Situation an und möchte:

- die Chancen junger geflüchteter Menschen auf nachhaltige Integration erhöhen, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können
- junge Menschen, insbesondere geflüchtete Menschen mit Duldung und Gestattung bei ihrem Weg in Ausbildung und Arbeit unterstützen
- Ausbildungsabbrüche verhindern
- Unterstützung an den individuellen Bedarfs- und Lebenslagen sowie persönlichen Potentialen der Menschen ausrichten

Die Initiativen richten sich an geflüchtete Menschen mit Duldung (primäre Zielgruppe) und Gestattung (sekundäre Zielgruppe) im Alter von 18 bis 27 Jahren mit individuellem Unterstützungsbedarf, um diese in Ausbildung und Arbeit zu bringen und Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Ausgeschlossen sind Personen, die sich noch in den Landesaufnahmeeinrichtungen befinden sowie Gefährder und ausreisepflichtige Personen mit schweren Straftaten.

Der Rhein-Kreis Neuss setzt die Landesinitiative kreisweit, unter Beteiligung aller kreisangehörigen Kommunen, um.

Das Kommunale Integrationszentrum (KI) Rhein-Kreis Neuss kooperiert als geschäftsführende Stelle (gfS) zum Zwecke der Umsetzung des Teilhabemanagements im Rahmen der Initiativen „Gemeinsam klappt`s“ des MKFFI und „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ des MKFFI und des MAGS mit der Gemeinnützigen Beschäftigungsförderungsgesellschaft (bfg) Rhein-Kreis Neuss. Dort sind die vom Land geförderten Teilhabemanager und –managerinnen (THM) verortet. Das KI hat die fachliche Verantwortung und Weisungsbefugnis den THM gegenüber. Die Geschäftsführende Stelle (KI) bereitet den Einsatz der THM vor, begleitet und koordiniert das Teilhabemanagement. Es finden regelmäßige Besprechungen der geschäftsführenden Stelle mit dem Teilhabemanagement statt. Sowohl die Antragsstellung für das Teilhabemanagement bei der Bezirksregierung Arnsberg als auch die Konzeption erfolgte über das Kommunale Integrationszentrum Rhein-Kreis Neuss.

Aufgabe des Teilhabemanagements ist die Erfassung aller Menschen mit Duldung im Alter von 18 bis 27 Jahren im gesamten Rhein- Kreis Neuss, d. h. an den Standorten Neuss, Meerbusch, Kaarst, Korschenbroich, Grevenbroich, Jüchen, Rommerskirchen und Dormagen. Das Teilhabemanagement im Rhein-Kreis Neuss ist erste Anlaufstelle für die Zielgruppe, spricht die Zielgruppe an und führt sie dem Programm zu. Es ermittelt Bedarfe der Zielgruppe, erfasst Angebote für die Zielgruppe, vermittelt diese in die Maßnahmen der Landesinitiative und steuert die Angebote vor Ort.

Die regionale Zuständigkeit des Personalschlüssels 1:100 wird wie folgt festgelegt: eine Teilhabemanagerin ist zuständig für Neuss und Dormagen, ein/e Teilhabemanager/in ist zuständig für Meerbusch, Kaarst und Korschenbroich, die dritte Teilhabemanagerin ist zuständig für Grevenbroich, Jüchen und Rommerskirchen. Das Teilhabemanagement wird seit dem 01.05.2020 durchgeführt und ist laut Bewilligungsbescheid bis zum 31.12.2021 durchzuführen.

Zwei Teilhabemanagerinnen in Vollzeit haben im Mai 2020 ihre Arbeit aufgenommen, die dritte Teilhabemanagerin startete am 15.09.2020 in Vollzeit. Pandemiebedingt wurden die ersten persönlichen Gespräche ab Mitte Juni 2020 durchgeführt und mit der Zuführung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Landesinitiative begonnen.

Teilhabemanagement – Aufgaben und komplexer Unterstützungsbedarf der Zielgruppe

Zu den Aufgaben des Teilhabemanagements zählen:

- Quantitative und qualitative Erfassung der Zielgruppe
- Datenbank-Führung
- Analyse der Bedarfe und Angebote vor Ort
- Klassisches Case-Management in Form einer rechtskreisübergreifenden Einzelfallberatung
- Verweisberatung und Vermittlung in Angebote
- Individuelle Bedarfs- und Zielvereinbarung
- Falldokumentation
- Netzwerkarbeit

Konkret bedeutet das, dass im Rahmen des Case-Managements rechtskreisübergreifende Einzelfallberatung unter Berücksichtigung der lebensweltlichen Situation erfolgt, insbesondere hinsichtlich der Ermittlung individueller Bedarfe, der Stabilisierung der persönlichen Lebenssituation, und der Steigerung der Motivation. Den Teilnehmenden werden Wege der Qualifizierung, der Ausbildung und Beschäftigung aufgezeigt und ihnen soll – sofern möglich – der Zugang zu Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung ermöglicht werden.

Hierbei werden auch die Fördermöglichkeiten und -angebote (z. B. Förderbausteine der Landesinitiativen) mit den Teilnehmenden besprochen und ggf. die Teilnehmenden in diese Förderangebote/Förderbausteine vermittelt. Die Fähigkeiten, Interessen und Wünsche der Teilnehmenden finden hierbei Berücksichtigung, gemeinsam werden alle weiteren Schritte besprochen und Ziele festgelegt.

Um einen Überblick über die im Rhein-Kreis Neuss vorhandenen Angebote und Anlaufstellen zu erlangen, ist das Teilhabemanagement auf verschiedene Akteure, die im Bereich der Integration von Geflüchteten tätig sind, zugegangen, kooperiert nun mit diesen Akteuren und steht im regelmäßigen Austausch. Dazu zählen zum Beispiel: Jugendmigrationsdienst, Caritas, Diakonie, HWK-Lotse, IHK-Lotse, Kompass D, Ehrenamt, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Psychosoziale Zentren, Volkshochschulen, Weiterbildungskollegs, Arbeitgeber usw.

Das Teilhabemanagement wird in seiner Arbeit unterstützt und wissenschaftlich begleitet durch FOGS - Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich und ISR – Institut für Stadt- und Regionalentwicklung der Frankfurt University of Applied Sciences.

Unter dieser Leitung finden zudem Veranstaltungen statt, an denen Teilhabemanagerinnen und Teilhabemanager aus ganz NRW teilnehmen und in den Austausch treten.

Primäre Zielgruppe im Rhein-Kreis Neuss - Ausgangslage 31.12.2019

Laut Rückmeldungen der Ausländerbehörden im Rhein-Kreis Neuss mit Stand September 2019 war die Verteilung im Kreis wie folgt:

Kommune	Anzahl Geduldeter	Anzahl Gestatteter	gesamt
Dormagen	47	64	111
Grevenbroich	63	45	108
Jüchen	17	14	31
Kaarst	36	44	80
Korschenbroich	34	30	64
Meerbusch	41	46	87
Neuss	59	42	101
Rommerskirchen	11	19	30
Summe	308	304	612

Zugang zu den Geflüchteten – vorrangig Personen mit Duldung

Die Teilhabemanagerinnen und Teilhabemanager sind hierbei auf die Mitwirkung der Kommunen angewiesen, da sie aus datenschutztechnischen Gründen keinen Zugang zu den Daten der Geflüchteten haben.

Das Einladungsmanagement erfolgt in Absprache über die Kommunen. Interessierte Personen werden bei Erscheinen dem THM direkt zugeführt. Hier erfolgt die Aufnahme ins Projekt (die Teilnahme ist freiwillig) und das Ausfüllen der datenschutzrechtlichen Hinweise und Einwilligungserklärungen (GIB Daten-bank, Klientendatei, Austausch persönlicher Daten/ notwendiger Informationen mit zuständigen Ausländerbehörden, Kommunen, möglichen Leistungserbringern und Kooperationspartnern etc.).

In einigen Kommunen erfolgten die Erstgespräche, als dies pandemie-bedingt möglich war, direkt in den Unterkünften der potenziellen Teilnehmenden. Es wurden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und die Bewohner und Bewohnerinnen, die zur Zielgruppe gehören, durch die Kommune dorthin eingeladen. So konnten auch einige potenzielle Teilnehmende, die nicht zum Termin erschienen sind, mit Hilfe der Hausmeister aufgesucht werden und ggfs. in die Initiative überführt werden.

Teilnehmende, die durch das erste Einladungsmanagement nicht erreichbar waren, wurden durch erneute Einladungsschreiben seitens der Kommunen kontaktiert. Darüber hinaus waren Infoveranstaltungen in den Unterkünften und in der Kommune geplant, die aufgrund der Corona-Entwicklung abgesagt werden mussten. Angedacht ist, diese Veranstaltungen im Jahr 2021 nachzuholen, sofern es die Fallzahlen der Pandemie zulassen. Bis zum 31.03.2021 konnte dies jedoch noch nicht umgesetzt werden.

Einige Teilnehmende konnten durch die Vermittlung über weitere Kooperationspartner wie Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsberatungsstellen im Rhein-Kreis Neuss, Beratungs- und Therapieeinrichtungen für Geflüchtete, Ehrenamtler, Jugendhilfeeinrichtungen etc. gewonnen werden. Den Kooperationspartnern und Akteuren im Rhein-Kreis Neuss wurden Flyer zur Landesinitiative ausgehändigt.

Zusätzlich wurden sowohl Veranstaltungen mit Trägern als auch Ehrenamtskoordinatorinnen und Ehrenamtskoordinatoren durchgeführt, um die Landesinitiativen vorzustellen und über jene eine weitere Zuführung der Zielgruppe in das Projekt zu ermöglichen. Darüber hinaus ist das Teilhabemanagement im regelmäßigen Austausch mit den Kommunen, um sicher zu stellen, dass Informationen über neu in die Kommunen zugewiesene Personen der Zielgruppe an das Teilhabemanagement weitergegeben werden. Danach erfolgt, wie oben beschrieben, das Einladungsmanagement.

Seit Anfang Dezember 2020 wurde der bisherige Personenkreis der Geduldeten um Personen mit Aufenthaltsgestattung erweitert und dieser Personenkreis vermehrt den Landesinitiativen zugeführt. Die Freigabebestätigungen (siehe Ausschlusskriterien) der Ausländerbehörden Rhein-Kreis Neuss und Neuss werden im Nachgang eingeholt, in Dormagen erfolgt die entsprechende Rückmeldung der Ausländerbehörde im Vorfeld an die Kommune.

Aktueller Aufnahme -Stand 31.03.2021

Kommune	Anzahl Geduldeter	Anzahl Gestatteter	Aufenthaltstitel	gesamt
Dormagen	14	21		35
Grevenbroich	26	14		40
Jüchen	7	7	1	15
Kaarst	15	2		17
Korschenbroich	26	9		35
Meerbusch	19	15	1	35
Neuss	4	5		9
Rommerskirchen	11	7		18
Summe	122	80	2	204

Insgesamt konnten 122 Personen mit Duldung, 80 Personen mit Gestattung und zwei Personen mit Aufenthaltstitel der Landesinitiative bis zum 31.03.2021 zugeführt werden. 19 Personen wurden aufgrund mangelnder Mitwirkung, fehlender Kontaktaufnahmemöglichkeiten und dadurch fehlender Daten nach Rücksprache wieder aus der Datenbank abgemeldet. Somit befanden sich tatsächlich zum 31.03.2021 185 Personen in der Landesinitiative.

Zum 31.03.2021 befanden sich 53 geduldete Personen mit Beschäftigungsverbot im Projekt. Fast ausschließlich liegen die Gründe für das Beschäftigungsverbot bei der fehlenden Mitwirkungspflicht zur Identitätsklärung. Ein Großteil der Teilnehmenden gibt an, keine Kontakte ins Heimatland zu haben und somit nicht in der Lage zu sein, die fehlenden Dokumente beizubringen. Hierbei spielt die Angst vor Abschiebung eine große Rolle.

Seitens des KI und des Teilhabemanagements haben 2020 diesbezüglich mit der Ausländerbehörde RKN in Grevenbroich (zuständig für die Kommunen Grevenbroich, Meerbusch, Kaarst, Korschenbroich, Jüchen, Rommerskirchen) mehrere Gespräche stattgefunden. Die Ausländerbehörde ist an die Bundesgesetze gebunden.

Die tägliche Arbeit des Teilhabemanagements zeigt, dass bei einigen Teilnehmenden große Sprachdefizite der deutschen Sprache vorhanden sind und teilweise auch keine lateinische Alphabetisierung vorhanden ist. Für diese Zielgruppe gibt es kaum Regelangebote. Vorhandene Angebote fanden aufgrund der Pandemie nicht statt. Im Rahmen des Förderbaustein 4 ist nun ab Mai der Start eines Sprachkurses mit Ziel A1/A2 geplant. Dies alles hat auch Auswirkungen auf die Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ und die damit beantragten Förderbausteine 1 bis 4 und die Zuweisung in die Förderbausteine.

Im Rhein-Kreis Neuss wirken bei der Umsetzung der Förderbausteine folgende Maßnahmeträger mit:

Arbeiterwohlfahrt OV Neuss e.V. (AWO Berufshilfe)
 Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH
 Katholische Jugendagentur Düsseldorf gGmbH (KJA)
 Technologiezentrum Glehn GmbH (TZG)
 Berufsförderungszentrum Schlicherum e.V. (BFZ Schlicherum)
 Volkshochschule (VHS) der Stadt Grevenbroich
 Volkshochschule (VHS) der Stadt Dormagen

Die meisten Maßnahmeträger konnten bzw. wollten nicht ohne Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg, der erst mit Datum 02.10.2020 erteilt wurde, starten. Daher haben sich viele beantragte Starttermine verschoben. Lediglich die Caritas und das TZG sind im Rahmen des vorzeitigen Maßnahmenbeginns mit dem Förderbaustein 1 (Coaching) früher an den Start gegangen.

Bis zum 31.03.2021 wurden insgesamt 109 TN den Förderbausteinen zugewiesen.

	Förder- baustein	zugewiesene TN	Abbruch
Arbeiterwohlfahrt OV Neuss e.V. (AWO Berufshilfe)	FB 1	16	

Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH		FB 1	19	2
Katholische Jugendagentur Düsseldorf gGmbH	(KJA)	FB 1	12	2
Technologiezentrum Glehn GmbH (TZG)		FB 1	42	5
Katholische Jugendagentur Düsseldorf gGmbH	(KJA)	FB 2	6	
Volkshochschule (VHS) der Stadt Grevenbroich		FB 3	14	2

Der Förderbaustein 3, nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses, hatte am 09.11.2020 begonnen, musste jedoch coronabedingt unterbrochen werden und wird seit dem 01.03.2021 wieder fortgeführt.

Kommune	FB	Akteur	Geplanter Starttermin
Grevenbroich	FB 1	AWO Berufshilfe	01.12.2020
Grevenbroich	FB 1	AWO Berufshilfe	01.09.2021
Dormagen	FB 1	Caritas	01.04.2020
Neuss/Kaarst	FB 1	Caritas	01.04.2020
Dormagen	FB 1	KJA	01.10.2020
Grevenbroich	FB 1	KJA	01.10.2020
Jüchen	FB 1	TZG	20.11.2020
Korschenbroich	FB 1	TZG	20.11.2020
Meerbusch	FB 1	TZG	01.11.2020
Meerbusch	FB 1	TZG	01.06.2020
Roki	FB 1	TZG	01.01.2021
Neuss	FB 2	BfZ Schlicherum	03.05.2021
Dormagen	FB 2	KJA	01.11.2020
Grevenbroich	FB 2	KJA	01.11.2020
Neuss	FB 2	KJA	01.11.2020
Jüchen	FB 2	TZG	Voraussichtlich Mitte Juni 2021
Korschenbroich	FB 2	TZG	Voraussichtlich Mitte Juni 2021
Meerbusch	FB 2	TZG	Voraussichtlich Mitte Juni 2021
Grevenbroich	FB 3	VHS Grevenbroich	09.11.2020
Grevenbroich	FB 4	AWO Berufshilfe	Geplant war 01.04.2021, wird nicht durchgeführt (nicht genügend TN)*
Neuss	FB 4	BfZ Schlicherum	03.05.2021
Dormagen	FB 4	VHS Dormagen	01.09.2021

Dormagen	FB 4	VHS Dormagen	Geplant war 01.04.2021, wird nicht durchgeführt (nicht genügend TN)**
Neuss	FB 4	KJA	01.05.2021
<p>* FB 4 bei der AWO Berufshilfe ab 01.04.2021 ist nicht zustande gekommen, da bisher aufgrund der besonderen Ausrichtung auf das Friseurhandwerk nicht genügend TN gefunden werden konnten. Bei den wenigen vorhandenen Interessenten sind keine deutschen Sprachkenntnisse vorhanden. Ein Alternativangebot kann die AWO-Berufshilfe derzeit noch nicht einrichten.</p> <p>* * Die VHS Dormagen sieht zurzeit noch keine Perspektive für einen Kursstart im FB 4 „Vorbereitungskurs Lager-Logistik“. Regulär hätte die VHS ausreichend TN aus den eigenen Integrationskursen in den FB 4-Baustein vermitteln können. Aufgrund der corona-bedingten Beschränkungen bei der Ausrichtung von Integrationskursen bzw. des Ausfalls von Integrationskursen konnte diese Personengruppe der Landesinitiative nicht zugeführt werden. Aufgrund der Corona-Pandemie waren an den Volkshochschulen bisher nur Kurse in Präsenz möglich, die einen Berufsbezug haben. Reine Alphabetisierungskurse oder Sprachkurse (Integrationskurse) durften nicht in Präsenz durchgeführt werden.</p> <p>Ein Kursstart in Förderbaustein 4 der Landesinitiativen im Bereich Lager/Logistik mit dem Ziel „Ausbildung“ wird zusätzlich erschwert, weil die Ausbildungsplätze in diesem Bereich pandemiebedingt um rund ein Drittel reduziert wurden.</p>			

Trotz der dargestellten Herausforderungen durch die Corona-Pandemie hat sich das Teilhabemanagement im Rhein-Kreis Neuss gut etablieren und die Landesinitiative umsetzen können. Dadurch wurden bereits vorhandene Strukturen sinnvoll ergänzt und von der Personengruppe der Geduldeten und Gestatteten, für die bislang kein entsprechendes Unterstützungsangebot zugänglich war, angenommen. Durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den geflüchteten Personen kristallisieren sich im Beratungsprozess weitere Unterstützungsbedarfe heraus, z.B. therapeutische Anbindungen, Kinderbetreuung (KITA-Platz), Schuldnerberatung. Die Teilnehmenden konnten den entsprechenden Organisationen bzw. Einrichtungen zugeführt werden. Das Teilhabemanagement wird von der Zielgruppe gerne angenommen, da viele der Teilnehmenden durch die Kontaktbeschränkungen außerhalb der Unterkünfte und/oder Arbeitsstellen kaum bis keine sozialen Kontakte pflegen können. Hier ist das Teilhabemanagement als Anlaufstelle enorm wichtig.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0618/XVII/2021

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Wohnen	08.06.2021	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum zum Thema Beauftragte in den kreisangehörigen Kommunen

Sachverhalt:

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum haben zum Thema Beauftragte in den kreisangehörigen Kommunen einen Antrag eingereicht.

Nähere Informationen zu diesem Antrag sind dem beigefügten Antrag zu entnehmen.

Anlagen:

TOP 9 Antrag ASSoziales - Beauftragte in den kreisangehörigen Kommunen



CDU

**Freie
Demokraten**

Rhein-Kreis
Neuss **FDP**



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden
des Ausschusses für Soziales und Wohnen
Herrn Sven Ladeck
Oberstraße 91
41460 Neuss

02. Juni 2021

**Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen
am 08. Juni 2021**

Beauftragte in den kreisangehörigen Kommunen

Sehr geehrter Herr Ladeck,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgende Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 08.06.2021 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten die Verwaltung:

1. sich bei den kreisangehörigen Kommunen zu erkundigen, welche durch die Kommunen selbst bestellten ehren- und hauptamtlichen Beauftragten in den Städten und der Gemeinde tätig sind und welche Aufgaben diese erfüllen.
2. dem Ausschuss für Soziales und Wohnen eine Synopse zu der durchgeführten Abfrage (Ziffer 1) vorzulegen.

1

CDU-Kreistagsfraktion ■ Münsterplatz 13a ■ 41460 Neuss
Telefon: 02131/718850 ■ Telefax: 02131/7188555 ■ E-Mail: fraktion@cdu-rheinkreisneuss.de
■ Internet: www.cdu-rheinkreisneuss.de

FDP-Kreistagsfraktion ■ Deutsch-Ritter-Allee 27 ■ 41515 Grevenbroich
Telefon: 02161/8299860 ■ Telefax: 02161/8299861 ■ E-Mail: info@fdp-rkn.de
■ Internet: www.fdp-rkn.de

Kreistagsfraktion UWG/Freie Wähler-Zentrum ■ Am Hammerwerk 16 ■ 41515 Grevenbroich
Telefon: 02181/2131770 ■ Telefax: 02181/2131771



CDU

Freie Demokraten

Rhein-Kreis Neuss **FDP**



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Begründung

In den letzten Jahren wurden vermehrt in den unseren Kommunen so genannte Beauftragte geschaffen. Diese sind zum Teil ehrenamtlich und zum Teil hauptamtlich tätig. Beispielhaft seien etwa die in verschiedenen Städten tätigen Senioren-, Fahrrad-, Inklusions-, Klima- oder Behindertenbeauftragten genannt. Diese Personen sind mit unterschiedlichen Aufgaben betraut. In den Augen unserer Fraktionen ist es sinnvoll, sich als Rhein-Kreis Neuss einmal einen Gesamtüberblick über die Aufgabenbereiche und die jeweiligen Personalkapazitäten zu verschaffen, damit möglicherweise auch durch interkommunale Zusammenarbeit Synergien gehoben werden können oder unser Rhein-Kreis Neuss hierbei eine unterstützende oder gar koordinierende Aufgabe übernehmen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU- Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss

Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

